

Von Günter Born

Das Stalag 326 VI K Senne in Stukenbrock

Gedenkstätten in NRW – Teil 6

Die Kundgebungen zum Antikriegstag Anfang September 1980 standen ganz im Zeichen der sich verschärfenden Blockkonfrontation. Der NATO-Doppelbeschluss hatte zu einer wachsenden Furcht vor einem Atomkrieg geführt. Diese Sorge kennzeichnete auch die Rede, die **Heinrich Albertz** anlässlich des Antikriegstags auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof der 20 Kilometer südlich von Bielefeld gelegenen Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock hielt. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin nannte das Wettrüsten einen "verbrecherischen Irrsinn", den es mit "allen zur Verfügung stehenden Mitteln [...] einzudämmen" gelte. Zudem beklagte er,

dass in der BRD das Bewusstsein für die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg einer "merkwürdigen Vergesslichkeit" gewichen sei. Über den Friedhof in Stukenbrock notierte Albertz in sein Tagebuch: "65000 Soldaten und Zwangsarbeiter liegen hier [...]. Auschwitz, Dachau, Buchenwald – diese Namen sind nun langsam bekannt, widerwillig bekannt geworden. Stukenbrock kennen nur die Nachbarn, die unmittelbar Betroffenen, hier wurde nicht verbrannt und gemordet, hier wurde gestorben und verscharrt, zu Tausenden, in der Verantwortung der deutschen Wehrmacht. Keine SS, keine Gestapo war hier nötig."

Mit Blick auf die Geschichte des offiziell als Stalag 326 VI K Senne bezeichneten Kriegsgefangenenlagers Stukenbrock, hatte Albertz zwei verdrängte Aspekte der NS-Verbrechen benannt, denen sich die geschichts- und erinnerungskulturellen Debatten in Deutschland erst in jüngster Zeit intensiver zuwenden sollten. Zum einen machte er darauf aufmerksam, dass die Wehrmacht in die Vernichtungspolitik des NS-Regimes eingebunden war. Zum anderen erinnerte er an das oftmals tödliche Schicksal jener Kriegsgefangenen, die als Zwangsarbeiter im Kohlebergbau und in der Rüstungsindustrie ausgebeutet worden waren. Die Verbindung, die Albertz zwischen dem Gedenken an die Opfer des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und der Mahnung vor den Gefahren einer eskalierenden Blockkonfrontation herstellte, verweist zudem darauf, dass ne-

ben kollektiver Schuldabwehr vor allem die Konjunkturen des Ost-West-Konflikts den Referenzrahmen bildeten, der die erinnerungskulturellen Entwicklungslinien der "alten" Bundesrepublik prägte.

In NRW kam dies am deutlichsten in den Kontroversen um den Umgang mit dem Gelände des ehemaligen Stalag 326 sowie dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Stukenbrock zum Ausdruck. Ein Blick auf die Rezeptionsgeschichte des Kriegsgefangenenlagers macht deutlich, dass erinnerungskulturelle Initiativen lange Zeit nicht nur auf das Desinteresse der Mehrheitsbevölkerung stießen, sondern bisweilen auch staatlicher Überwachung ausgesetzt waren. Zudem wird die Langlebigkeit der von antikommunistischen Reflexen geprägten Konfliktmuster erkennbar, die bis heute die Auseinandersetzungen um die Formen des Gedenkens in Stukenbrock kennzeichnen.

Der Vernichtungskrieg nebenan – Das Stalag 326

Kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion begann die Wehrmacht im Frühjahr 1941 mit der Errichtung des Stalags 326. Die Baumaßnahmen beschränkten sich darauf, ein Areal am Rande des Truppenübungsplatzes Senne einzuzäunen. Unterkünfte für die vorwiegend sowjetischen Kriegsgefangenen, die in das Lager gebracht werden sollten, waren nicht vorgesehen. Als im Juli 1941 der erste Transport mit 7.000 vollkommen entkräfteten Rotarmisten eintraf, wurden diese in primitiven Erdlöchern untergebracht, die von den Gefangenen selbst ausgehoben werden mussten. Zelte





und Baracken standen erst Monate später zur Verfügung. Ebenso katastrophal war die Verpflegung im Lager. Augenzeugen berichten davon, dass sich ausgehungerte Gefangene teilweise von Baumrinden und Gras ernährten. Schon bald brachen in Stukenbrock Hungererkrankungen und Fleckfieber aus. Die Sterblichkeit nahm enorme Ausmaße an. Zwischen März 1942 und März 1945 registrierte die Lagerverwaltung 36.800 Tote. Die tatsächliche Zahl der Opfer wird auf bis zu 65.000 geschätzt.

Die jegliche Konventionen missachtende Behandlung der Rotarmisten im Stalag 326, das von mindestens 310.000 Gefangenen (davon 307.679 aus der Sowjetunion) durchlaufen wurde und somit zu den größten Lagern innerhalb des Reiches zählte, stellte jedoch keine Ausnahme dar. Von Beginn an führte die Wehrmacht den Feldzug gegen die Sowjetunion als Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg ohne völkerrechtliche Beschränkungen, was sich besonders deutlich im Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen spiegelte.

Der vom Heer eifrig ausgeführte "Kommissarbefehl" sah etwa die sofortige Erschießung aller gefangenen Kommissare der Roten Armee vor. In einem Merkblatt für die Wachmannschaften im Stalag 326 hieß es im September 1941: "Auch der in Gefangenschaft geratene Sowjetsoldat [...] wird jede Gelegenheit benützen, um seinen Hass gegen alles Deutsche zu betätigen. [...] Zur Brechung von Widerstand ist von der Waffe schonungslos Gebrauch zu machen. Auf fliehende Kriegsgefangene

ist sofort (ohne Anruf) zu schießen mit der festen Absicht zu treffen." Am verheerendsten wirkte sich jedoch die unzulängliche Versorgung der Rotarmisten aus. Von den insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen starben mindestens 3,3 Millionen.

Die elenden Zustände im Stalag 326 blieben der Bevölkerung in Ostwestfalen nicht verborgen. Schon kurz nachdem die ersten Gefangenen in Stukenbrock eingetroffen waren, entwickelte sich das Lager zu einem beliebten Ausflugsziel. Vor allem an Wochenenden zogen zahlreiche Schaulustige an den Stacheldrahtzaun, um die ausgehungerten Insassen gleichsam wie Tiere in einem Zoo zu betrachten.

Aber auch die Ausweitung des Zwangsarbeitssystems verschaffte dem Stalag 326 einen zweifelhaften Bekanntheitsgrad. Stukenbrock erhielt einen eigenen Arbeitsamtsbezirk und firmierte seit Sommer 1942 als zentrales Aufnahme- und Durchgangslager für Rotarmisten, die zur Zwangsarbeit ins Ruhrgebiet verschleppt wurden. Die rücksichtslose Ausbeutung der geschwächten Kriegsgefangenen endete vielfach mit deren Tod. Dennoch entstanden in Stukenbrock Widerstandsgruppen, die versuchten, die Handlungsspielräume, die sich durch die Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie boten, für Sabotageaktionen zu nutzen.

In der Endphase des Krieges wurden die Zustände im Lager immer prekärer, zumal die Wehrmacht seit Sommer 1944 auch Kriegsgefangene aus evakuierten Stalags auf dem Gelände

unterbrachte. Als Einheiten der US-Army am 2. April 1945 in Stukenbrock einrückten, stießen sie auf rund 9.000 ausgehungerte und teilweise schwer erkrankte Gefangene, die katastrophalen hygienischen Bedingungen ausgesetzt waren.

Frühes Gedenken und pragmatische Neunutzung – Stukenbrock in der Nachkriegszeit

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges richtete die britische Militärverwaltung in Stukenbrock mit dem Civil Internment Camp 7 (CIC 7) ein Internierungslager für Funktionseliten des NS-Regimes ein. Insgesamt wurden im CIC 7 zirka 8.800 Männer untergebracht, darunter eine Reihe vormaliger Gauleiter. Entgegen zahlreicher zeitgenössischer, in der deutschen Bevölkerung kursierender Gerüchte, erfolgte die Behandlung der Internierten durch die Briten auf der Grundlage völkerrechtlicher Konventionen und war somit in keiner Weise mit den Zuständen des Stalags zu vergleichen. Ende 1947 wurde das CIC 7 aufgelöst. In den folgenden Jahren übernahm das "Sozialwerk Stukenbrock" das Gelände. Das ehemalige Stalag fungierte nun als Auffanglager für Flüchtlinge aus den Ostgebieten und der SBZ / DDR. Seit der Schließung des "Sozialwerks" im Jahr 1970 beherbergt das Areal die Landespolizeischule "Erich Klausener".

Hinweise auf die Geschichte des Ortes suchte man bis zur Mitte der 1990er Jahre vergeblich. Erst 1996 entstand nach langen Bemühungen auf dem Gelände eine von einem pri-

vaten Förderverein getragene Dokumentationsstätte. Dennoch reichen die Auseinandersetzungen um das Gedenken an die Opfer des Stalags 326 bis in die letzten Tage des Zweiten Weltkriegs zurück. Bereits kurz nach der Befreiung des Lagers begannen ehemalige Häftlinge auf dem Kriegsgefangenenfriedhof mit der Errichtung eines zehn Meter hohen Obeliskens, dessen Spitze eine aus Glasplastik gefertigte rote Fahne bildete, die daran erinnern sollte, dass in Stukenbrock in erster Linie Rotarmisten zu Tode gekommen waren. Zudem wurden die 36 Massengräber sichtbar gemacht, Wege gekennzeichnet und Bänke aufgestellt, um der Anlage einen würdevollen Charakter zu verleihen.

Erinnerung im Zeichen des Kalten Krieges

Dieser von den Überlebenden des Lagers geschaffene Gedenkort wurde im antikommunistisch aufgeladenen Klima der frühen BRD zunehmend als Provokation empfunden. Dementsprechend ließ die NRW-Landesregierung in den 1950er Jahren die rote Fahne entfernen und durch ein orthodoxes Kreuz ersetzen. Vorstöße, das Mahnmal gänzlich zu beseitigen, wie dies etwa im niedersächsischen Sandbostel geschehen war, wo man ein sowjetisches Denkmal für die Toten des dortigen Stalag kurzerhand gesprengt hatte, scheiterten allerdings am Einspruch der Alliierten. Immerhin übernahm das Land, wenn auch vor allem aus diplomatischen Erwägungen, die Pflege und die Neugestaltung der Grabstätte, die seit 1964 offiziell die Bezeichnung "Ehrenfriedhof für sowjetische Kriegstote" trug.

An den weiterhin bestehenden antikommunistischen Ressentiments änderte dies jedoch wenig. So zog der im Jahr 1967 aus einer kirchlichen Initiative hervorgegangene "Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock", der jährlich Gedenkveranstaltungen zum Antikriegstag auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof organisierte und dem auch Mitglieder der 1969 gegründeten DKP angehörten, von Beginn an das

Interesse von Polizei und Verfassungsschutz auf sich. Beamte des Polizeilichen Staatsschutzes registrierten offenkundig über Jahre hinweg akribisch die Autokennzeichen von Personen, die an den Kundgebungen teilnahmen, notierten die Aufschriften der auf dem Friedhof abgelegten Grabsteine und dokumentierten Ansprachen, die zu diesem Anlass gehalten wurden. Noch im Jahr 1983 wollte das Bundesamt für Verfassungsschutz im *Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock* eine vorwiegend von der DKP beeinflusste Organisation erkannt haben. Insofern verwundert es kaum, dass Vertreter der traditionell CDU-regierten Kommune Holte-Stukenbrock den Gedenkfeiern des Arbeitskreises jahrzehntelang fernblieben. So nahm der Bürgermeister des Ortes erstmals im Jahr 2002 offiziell an der Veranstaltung anlässlich des Antikriegstags teil. Außer mit dem Argwohn der Sicherheitsbehörden und den Ressentiments der etablierten Politik sahen sich die Mitglieder des Arbeitskreises mehrfach mit anonymen Morddrohungen konfrontiert. Im Jahr 1977 beschmierten Neonazis den Obeliskens mit Hakenkreuzen.

Gedenken in Stukenbrock – neue und alte Konflikte

Doch trotz aller Widerstände fanden in und um Stukenbrock erinnerungskulturelle Initiativen, die sich um ein sichtbarer Gedenken an die Opfer des Stalags 326 bemühten, seit den 1980er Jahren eine breitere gesellschaftliche Verankerung. Die Gründe für diese Entwicklung lagen hier wie anderswo in einem wachsenden kritischen Interesse für die Schauplätze nationalsozialistischer Verfolgung "vor Ort" und einer steigenden Sensibilisierung für die verdrängten Schicksale von Zwangsarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen.

Die Auseinandersetzungen, selbst um relativ unspektakuläre Erinnerungszeichen, verliefen jedoch weiterhin zäh. Als im Jahr 1988 eine Bürgerinitiative im zirka fünf Kilometer von Stukenbrock entfernten Hövelhof, wo

die Gefangenentransporte für das Stalag 326 eingetroffen waren, die Aufstellung eines Gedenksteins "zur Erinnerung an das Schicksal der russischen Kriegsgefangenen" forderte, stieß dies bei der CDU-Mehrheit im Gemeinderat auf Ablehnung. Hier schob man die zweifelhafte Behauptung vor, dass das bereits existierende Mahnmal für die Kriegsoffer der Gemeinde auch die sowjetischen Toten mit einschließen würde. Zudem sei, wie die CDU erklärte, "der Prozess der Versöhnung mit den Völkern des Ostens längst auf politischer Ebene eingeleitet und müsste nicht noch von uns kleinen Kommunalpolitikern eine Unterstützung erfahren." Eine Gedenktafel wurde im Oktober 1989 schließlich doch noch enthüllt – allerdings nicht auf kommunalem Gelände, sondern, mit Einverständnis der Bundesbahn, am Bahnhofsgebäude von Hövelhof.

In Stukenbrock sollte sich die Einrichtung einer Dokumentationsstätte indessen bis ins Jahr 1996 hinziehen. Dass dies überhaupt geschah, war vor allem dem beharrlichen Druck engagierter Bürger zu verdanken, die 1993 einen privaten Förderverein ins Leben riefen. Zwar unterstützte die Kommune Holte-Stukenbrock das Projekt finanziell, weigerte sich jedoch bisher, die Trägerschaft der Dokumentationsstätte zu übernehmen. Um die angemessenen Formen des Gedenkens wird in Stukenbrock also auch in Zukunft gestritten werden. Dabei wird es um die materielle und personelle Ausstattung der Dokumentationsstätte ebenso gehen, wie um die Gestaltung des Ehrenfriedhofs. Gegenwärtig fordern einige der letzten Überlebenden des Stalags gemeinsam mit dem *Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock*, die rote Fahne wieder anzubringen. Bislang allerdings vergeblich. Es hat den Anschein, als seien die staatlichen und politischen Reaktionsmuster des Kalten Krieges weiterhin – oder wieder – aktuell. Den verschiedenen Initiativen in und um Stukenbrock ist daher zu wünschen, dass sie ihre Hartnäckigkeit behalten. ★